

Antrag Nr. 06-F-01-0093

SPD-Fraktion

Betreff:

GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2006 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bei den Vorbereitungen eines Zusammenschlusses der beiden städtischen Gesellschaften GWW und GeWeGe unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsrechte der Mitarbeiter die folgenden Eckpunkte zur Unternehmensphilosophie des zukünftigen Gemeinschaftsunternehmens festzulegen. Diese sollen auch bis zum Zusammenschluss in den Einzelunternehmen Geltung besitzen:

- Kommunale Wohnungsgesellschaften dienen der Daseinsvorsorge und sollen neben der Kapitalrendite auch eine Sozialrendite für die Stadt erwirtschaften.
- Die städtischen Wohnbauunternehmen verstehen sich selbst nicht vorrangig als Händler von Wohnimmobilien, sondern führen ihre Geschäfte im Sinne eines effizienten wohnungswirtschaftlichen Managements, das Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge erfüllt und öffentlichen Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden dient. Dazu gehört vor allem:
 - Eine besondere Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu übernehmen, d.h.
 - Einkommensschwächeren Familien. Älteren oder Behinderten sowie Menschen mit sozialen und sonstigen Handicaps auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt angemessenen zeitgemäßen und preisgünstigen Wohnraum auch aus ihren freifinanzierten Beständen anzubieten.
 - Die Orientierung der Mietobergrenze an dem Mittelwert des jeweils aktuellen Mietspiegels für die Landeshauptstadt Wiesbaden.
 - Die Pflege funktionierender Nachbarschaften in sozial gemischten Wohnquartieren.
 - Bei Sanierung, Erneuerung oder Neubau von Wohnanlagen (wie etwa am "Weidenborn") darauf zu achten, dass die bereits ansässigen Bewohner dort wohnen bleiben können.
 - Die Bereitschaft, sich zunehmend als "Quartiersgestalter" zu engagieren, etwa durch die gezielte Modernisierung des Gebäudebestands und durch qualifizierten Neubau die wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Ziele der Landeshauptstadt Wiesbaden zu unterstützen.
 - Eine Vorbildfunktion für private Investoren, etwa in der Etablierung neuer Wohnformen, im sozialen, ökologischen / energetisch optimierten und barrierefreien Bauen und Bewirtschaften von Beständen wahrzunehmen.
 - Die Eigentumsbildung auch für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen zu fördern, sowohl durch kostengünstigen Neubau als auch für Mieter im Bestand.
 - Im Rahmen öffentlicher Förderung oder durch Vergabe von Belegungsrechten mitzuwirken an der Erhaltung und Erneuerung eines ausreichenden und gut verteilten Bestandes an Wohnungen mit Sozialbindung.

Antrag Nr. 06-F-01-0093

SPD-Fraktion

- Der Verkauf von Bestandswohnungen in eng begrenzten Umfang soll auf die Mieter beschränkt werden.
- Im Umgang mit Mitschuldnern/innen werden auch berechnigte wirtschaftliche Interessen im Einklang mit den Rechtsansprüchen der Betroffenen verfolgt und vorrangig die Hilfsangebote der Stadt bzw. der Wohlfahrtsverbände zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit zur Geltung gebracht. Auf ein willkürliches Eintreiben der Mietschulden durch Dritte wird verzichtet.

Begründung:

Wiesbaden, 13.09.2006

gez.

F.d.R.

Dr. Jürgen Richter
Sozialpolitischer Sprecher

Christian Lahr
Fraktionsassistent